



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

02. November 2018

Wochenbericht KW 44

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 26 % bzw. 25 %, SPD bei 14 % Grüne bei 21 %, AfD bei 15 % bzw. 14 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen deutlich
Eigene finanzielle Lage:	Die meisten Bundesbürger erwarten keine Veränderungen
Wichtigste Themen:	Rückzugsankündigung von Angela Merkel Landtagswahl in Hessen

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS
CDU/CSU	26 (-1)	25 (+1)
SPD	14 (-)	14 (-1)
FDP	9 (-)	9 (-1)
DIE LINKE	10 (+1)	10 (-)
B'90/Grüne	21 (-)	21 (+1)
AfD	14 (-1)	15 (-1)
Sonstige	6 (+1)	6 (+1)
Erhebungszeitraum	22.-26.10.	25.-31.10.

Die Union liegt bei forsa 12 (-1) und bei Emnid 11 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merkel	43 (-)
Nahles	10 (-)
Merkel	37 (-1)
Scholz	20 (-1)
Erhebungszeitraum	22.-26.10.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 33 (-) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 17 (-) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

83 % (-1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (-) Nahles. Von den CSU-Anhängern würden sich 71 % (+3) für Merkel und 5 % (-) für Nahles entscheiden. 30 % (+1) der SPD-Anhänger präferieren Nahles und 37 % (-3) Merkel.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 75 % (-1) der CDU-Anhänger für Merkel und 8 % (-2) für Scholz aus; von den CSU-Anhängern würden sich 66 % (+4) für Merkel und 9 % (-2) für Scholz entscheiden. 52 % (-3) der SPD-Anhänger präferieren Scholz und 25 % (-1) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (04.11.2018)

Problemlösungskompetenz

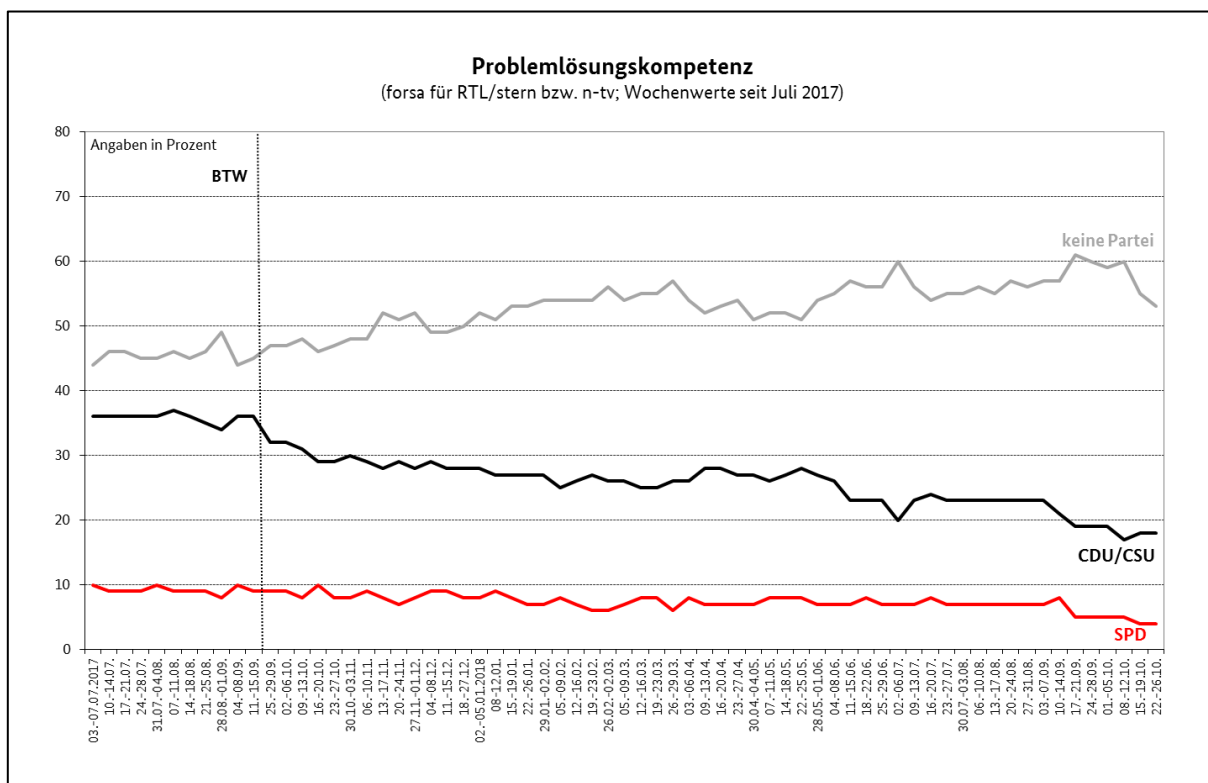
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	18	(-)
SPD	4	(-)
sonstige Parteien	25	(+2)
keine Partei	53	(-2)
Erhebungszeitraum	22.-26.10.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 14 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

53 % (-2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

55 % (-) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 28 % (-1) von ihrer Partei.



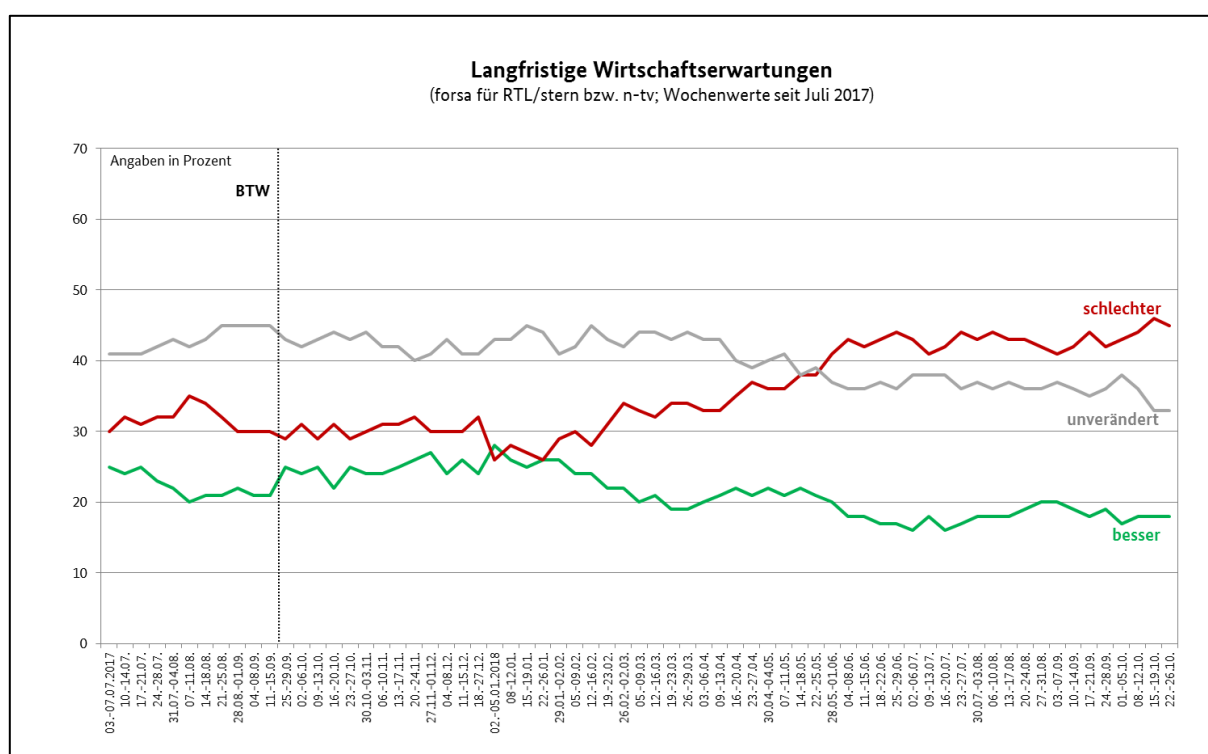
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	18	(-)
schlechter	45	(-1)
unverändert	33	(-)
Erhebungszeitraum	22.-26.10.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 27 (-1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



● Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 41

	forsa für BPA	
besser als vor einem Jahr	19	(+1)
schlechter als vor einem Jahr	17	(+3)
genauso wie vor einem Jahr	62	(-6)
Erhebungszeitraum	22.-26.10.	

Unter 45-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (33 % zu 8 %), Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (25 % zu 14 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (24 % zu 13 %) und Männer häufiger als Frauen (24 % zu 15 %).

● Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 41

	forsa für BPA	
in einem Jahr besser	22	(-)
in einem Jahr schlechter	12	(-1)
ungefähr so wie jetzt	64	(-)
Erhebungszeitraum	22.-26.10.	

Unter 45-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (34 % zu 9 %).

Ostdeutsche und Gutverdiener (jew. 69 %) gehen überdurchschnittlich häufig davon aus, dass sich ihre finanzielle Lage nicht verändern wird.

● Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 41

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	49	(+2)
zurzeit eher ungünstig	43	(-1)
Erhebungszeitraum	22.-26.10.	

Gutverdiener (64 %), Personen mit hoher formaler Bildung (57 %) und 45- bis 59-Jährige (54 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

Gering- und Mittelverdiener (54 %), Ostdeutsche (51 %) und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (50 %) meinen überdurchschnittlich oft, man sollte sich zurzeit mit größeren Anschaffungen eher zurückhalten.

● Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 41

	forsa für BPA	
eher optimistisch	45	(-1)
eher pessimistisch	30	(+1)
Erhebungszeitraum	22.-26.10.	

Gutverdiener (54 %) glauben überdurchschnittlich oft, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

Gringverdiener (41 %), Ostdeutsche, Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 39 %) und 30- bis 44-Jährige (38 %) glauben überdurchschnittlich häufig, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Rückzugsankündigung von Angela Merkel	20 (neu)
Landtagswahl in Hessen	17 (+15)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	14 (-2)
Landtagswahl in Bayern	5 (-3)
Regierungskoalition: Probleme, Streit	5 (+2)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	5 (-13)
Erhebungszeitraum	29.-30.10.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Themen "Rückzugsankündigung von Angela Merkel" und "Landtagswahl in Hessen".

Personen mit hoher formaler Bildung nennen die Rückzugsankündigung von Angela Merkel häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (27 % zu 15 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (25 % zu 11 %). Überdurchschnittlich oft wird dieses Thema von Anhängern der AfD (30 %) und der Grünen (25 %) genannt. Anhänger der Linkspartei (12 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

50- bis 64-Jährige (22 %) sowie Anhänger der AfD (41 %) und der Union (19 %) nennen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen" überdurchschnittlich häufig.

